

Funkstille auf dem Thorberg

Gefängnis In der Justizvollzugsanstalt auf dem Thorberg soll eine neue Überwachungsanlage reingeschmuggelte Handys aufspüren. Das strenge Mobileverbot wird jedoch auch kritisiert.

Andres Marti

Auf dem Thorberg soll noch dieses Jahr eine Handy-Detektionsanlage installiert werden. Damit wollen die Vollzugsbehörden das bestehende Handyverbot durchsetzen. Zwar seien die Kontrollen der Gefangenen, der Pakete aber auch der Besuchenden in den letzten Jahren stetig intensiviert und verbessert worden, sagt Thorberg-Direktor Hans-Rudolf Schwarz auf Anfrage. «Dennoch kann nicht ganz verhindert werden, dass Mobiltelefone in die Zellen der Gefangenen eingeschleust werden.» Die Geräte seien heute so klein, «dass sie auch via Körperöffnungen, etwa beim Besuch, ins Gefängnis geschmuggelt werden», sagt Schwarz.

Laut dem Thorberg-Direktor werden bei Zellkontrollen auf dem Thorberg jährlich rund 20 Telefone sichergestellt. Die Vollzugsbeamten spüren diese unter anderem mit mobilen Detektoren auf. Wer erwischt wird, muss mit einer mehrtägigen Isolationsstrafe rechnen. Nach der Installation der neuen Anlage werden die mobilen Detektoren nicht mehr benötigt.

Für die Vollzugsbehörden sind Handys im Knast aus verschiedenen Gründen ein Risiko. So befinden sich laut dem Amt für Justizvollzug zwei Drittel der Thorberg-Insassen im vorzeitigen Vollzug. Sie sind also noch nicht rechtskräftig verurteilt. Mit dem Handyverbot soll unter anderem verhindert werden, dass sie Druck auf Opfer oder Zeugen ausüben können. Auch Absprachen unter Komplizen und Fluchtversuche will man damit ausschliessen.

Falls der begründete Verdacht einer strafbaren Handlung bestehe, könne die Staatsanwaltschaft gefundene Mobiltelefone auswerten, so Olivier Aebischer, Pressesprecher beim Amt für Justizvollzug. Dies sei aus Gründen des Datenschutzes aber nur durch eine Untersuchungsbehörde möglich.

Kein Internet im Knast

Vor allem aber ist es der durch Smartphones ermöglichte unkontrollierte Zugang ins Internet, der den Behörden Sorge bereitet. Dass pädophile Straftäter weiterhin auf dem Smartphone Kinderpornografie konsumieren, soll unbedingt verhindert werden. Das Telefon kann auch für das Versenden betrügerischer E-



Auf dem Thorberg gilt ein striktes Handyverbot. Rund 20 Handys werden bei Zelldurchsuchungen jährlich beschlagnahmt. Foto: Adrian Moser

«Dank der Anlage ist der Schmuggel von Handys bei uns komplett zum Erliegen gekommen.»

Marcel Ruf
Gefängnisdirektor JVA Lenzburg

Mails oder das Überweisen von Zahlungen per E-Banking verwendet werden.

Die meisten Insassen wollen aber wohl einfach im Internet surfen, die sozialen Medien nutzen und Kontakte zu Angehörigen und Bekannten pflegen. Zahlen, wie oft Gefangene tatsächlich ein Smartphone für ein Delikt verwenden, werden allerdings nicht erhoben. Thorberg-Direktor Schwarz sind lediglich einzelne Fälle bekannt, in denen eine Überwachung durch die Staatsanwaltschaft angeordnet wurde.

Kritik am Handyverbot

An dem rigorosen Handyverbot wird jedoch auch Kritik geübt: Für David Mühleman, Strafvollzugsexperte bei Humanrights.ch, wird mit dem Verbot die Resozialisierung der Gefangenen gefährdet. Schliesslich gehörten Mobiltelefone ausserhalb der Mauern zum Alltag und seien zur Aufrechterhaltung von Beziehungen für die meisten Menschen ein absolut zentrales Kom-

munikationsmittel. «Auch für die Kinder der Gefangenen wäre es unheimlich wertvoll, unkompliziert mit dem inhaftierten Elternteil telefonieren oder auf per SMS in Kontakt sein zu können.»

Für Mühleman legt das Handyverbot das «Kernparadox» des Strafvollzuges offen: «Man redet von Resozialisierung und betreibt stattdessen symbolische Sicherheitspolitik um jeden Preis.» Ein striktes Handyverbot ist für Mühleman letztlich kontraproduktiv: «Das Aufrechterhalten des sozialen Beziehungsnetzes spielt für die Resozialisierung und damit auch für die allgemeine Sicherheit eine zentrale Rolle.» Durch die Erschwerung von sozialen Beziehungen werde diese Sicherheit hingegen nachhaltig gefährdet.

In der Schweiz gilt jedoch in allen geschlossenen Vollzugsanstalten ein Handyverbot. Im zürcherischen Pöschwies, dem grössten Gefängnis der Schweiz, soll noch diesen Sommer eine Detektionsanlage installiert werden.

Pionierknast bei der Handyabwehr ist das Gefängnis in Lenzburg: Dort hat eine fest installierte Detektionsanlage bereits 2012 den Betrieb aufgenommen.

Stress fällt weg

Das System funktioniert einwandfrei, sagt Gefängnisdirektor Marcel Ruf auf Anfrage. «Dank der Anlage ist der Schmuggel von Handys bei uns komplett zum Erliegen gekommen.» Dies habe im Gefängnis zu einer spürbaren Entspannung geführt. Der Handyschmuggel sorgte nämlich für Unruhe und Beschaffungsstress. Der Preis im Gefängnis für ein internetfähiges Handy liegt laut Ruf bei rund 1000 Franken.

Für Probleme sorgte in der Pilotphase in Lenzburg der Warenverkehr: Viele Lastwagen sind mit einem Fahrtenstreifen ausgestattet, der ihre GPS-Daten per Mobilfunknetz übermittelt. Fahren diese in Lenzburg an der Gebäudefassade entlang, löste das in der Anlage jeweils Alarm aus.

Nachrichten

Zweistellige Zunahme von Corona-Infektionen

Epidemie Zwischen Donnerstag und Freitag wurden im Kanton Bern elf neue Coronafälle gemeldet. Drei der neu angesteckten Personen wohnen in Kirchberg, zwei neue Fälle gibt es in Biel, die übrigen neu infizierten Personen wohnen in Worb, Wiedlisbach, Koppigen, Bern, Herzogenbuchsee und Lotzwil. Am Freitag befanden sich vier Personen mit dem Coronavirus in bernischen Spitälern. Drei davon befanden sich auf der Intensivstation. Die Zahl der Todesfälle beträgt unverändert 97. (sda)

Spitzenkoch neu bei den Gstaader Bergbahnen

Gastronomie Der Vorarlberger Spitzenkoch Marcus G. Lindner wird Chef-Gastronom der Bergbahnen Destination Gstaad AG und Mitglied der Geschäftsleitung. Er übernimmt die Verantwortung über die Berghäuser des Unternehmens und eröffnet im Winter das neue Bergrestaurant Eggli. Dort wird er ab dem 19. Dezember auch selber kochen. Lindner erhielt 2011 zwei Michelin-Sterne, als er im Zürcher Restaurant «Mesa» Küchenchef war. Im «Alpina Gstaad» holte er laut den Gstaader Bergbahnen einen Michelin-Stern und 18 Gault-Millau-Punkte – und er führte auch die Gstaader Restaurants «Chesery» und «Grand Hotel Park». (sda)

Mehr leer stehende Räume in Bern

Stadt Bern In Bern standen am 1. Juni dieses Jahres 340 Arbeitsräume leer – 90 Räume respektive 36 Prozent mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Das zeigt die neueste Zählung der leer stehenden Wohnungen und Arbeitsräume durch Statistik Stadt Bern. Auch gab es am 1. Juni dieses Jahres mehr leer stehende Wohnungen als im Vorjahr: 449 Wohnungen standen leer – 14 mehr als am gleichen Tag im Jahr 2019. Die Leerwohnungsziffer stieg damit um 0,2 Prozentpunkte auf 0,58 Prozent. (sda)

Gütertransport wieder auf der Schiene

Lyss Ab nächster Woche wird in Lyss ein vor zwei Jahren stillgelegtes Industriegleis wieder in Betrieb genommen. Das 1831 Meter lange Anschlussgleis ermöglicht mehreren Firmen die Wiederaufnahme von Gütertransporten mit der Bahn. Die Sanierung kostete insgesamt 160'000 Franken. Die Kosten werden auf die beteiligten Firmen verteilt: SBB, Gemeinde Lyss, Denner und Bühlmann Recycling. (sda)

Asylsuchende «empört» über Sicherheitsdirektor Müllers Reaktion

Rückkehrzentren Regierungsrat Müller (FDP) tritt nicht auf die Forderungen abgewiesener Asylsuchender ein. Diese kündigen eine Aktion an.

Abgewiesene Asylsuchende planen für Montag eine Gegenaktion. Sie reagieren damit auf einen Brief und eine Medienmitteilung der Sicherheitsdirektion von Regierungsrat Philippe Müller (FDP). Darin weist das zuständige Amt ihre Kritik an den neuen Rückkehrzentren zurück.

Der Brief sei sehr «hart und kalt» formuliert gewesen, äussert sich ein abgewiesener Asylsuchender bestürzt. Damit wolle man sich nicht zufriedengeben, hält er fest und kündigt an:

«Wir werden nicht aufhören zu kämpfen.»

Protest gegen die Zentren

Die abgewiesenen Asylsuchenden hatten vor etwas mehr als einer Woche gegen die neuen Rückkehrzentren protestiert, die der Kanton Bern am 1. Juli in Betrieb genommen hatte. Diese seien «offene Gefängnisse am Rande der Gesellschaft». Weil sie nicht in ihre Heimat zurückkehren könnten, forderten die Asylsuchenden «Respekt und Gleich-

berechtigung im Zugang zu Arbeit, Wohnungen, Gesundheit und Bildung». Schliesslich seien einige von ihnen schon seit Jahrzehnten hier.

Forderungen abgewiesen

Den Protest aufgegleist hatte die Organisation «Stopp Isolation». Sie zeigte sich am Freitag «empört» darüber, wie Müller auf ihre Forderungen reagierte. In dessen Medienmitteilung heisst es, der Kanton Bern könne auf die «wesentlichen Punkte» der

Protestierenden nicht eintreten. Personen, die einen negativen Asylentscheid erhalten hätten und aus der Schweiz weggewiesen würden, seien verpflichtet, die Schweiz zu verlassen.

Abgewiesene Asylsuchende haben weder das Recht auf eine Aufenthaltsbewilligung noch auf Arbeit. Bei Bedürftigkeit können sie aber Nothilfe beziehen. Gleichbehandlung von abgewiesenen Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen, etwa indem alle eine Arbeitsbewilligung

erhalten würden, kritisiert Müller als «unsolidarisch gegenüber den wirklich verfolgten Menschen». Die Schweiz müsse in diesem Fall alle Asylsuchenden aufnehmen, was die Integrationskapazitäten überfordern würde.

«Breit abgestützt»

In der Medienmitteilung betont Müller, dass die Grundsätze des Asylrechts demokratisch legitimiert und «sehr breit abgestützt» seien. Deshalb fordert er

von den Protestierenden, «die geltenden und demokratisch legitimierten Gesetze von Bund und Kanton zu respektieren».

Auch die Kritik an den Bedingungen in den bernischen Rückkehrzentren weist Müller zurück. Ein menschenwürdiges Dasein sei dort zu jeder Zeit gewährleistet. «Sollten punktuell Defizite bekannt werden, werden diese umgehend geprüft und wenn nötig behoben.»

Selina Grossrieder